



Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Uniun grischuna da mastergn



Geschichte des Bündner Gewerbeverbandes von 1900 bis 2025



Verfasst von Jürg Michel im Rahmen des
Jubiläums 125 Jahre Bündner Gewerbeverband

Gründungs- und Anfangsjahre des BGV

Die Gründung des Bündner Gewerbeverbands verlief im Jahr 1900 nicht ohne Schwierigkeiten. Die Organisation der Gewerbetreibenden war in dieser Zeit auf die einzelnen Ortschaften fokussiert. Rasch konnte sich der damalige Bündnerische Gewerbeverband aber etablieren. Bereits in seiner Anfangsphase setzte er sich für die Anliegen des Gewerbes in der Politik ein und war auch sonst aktiv. So führte er obligatorische Lehrlingsprüfungen ein und organisierte eine dreimonatige Gewerbeausstellung in Chur.

mi. Auf Antrieb des Gewerbevereins Chur, der bereits 1842 existierte, wurde am 16. Dezember 1900 in Chur der Bündner Gewerbeverband (BGV, damals noch Bündnerischer Gewerbeverband) formell gegründet. Protokolle sind allerdings erst seit 1901 vorhanden. Die prioritären Aufgaben bestanden darin, eine möglichst weitgehende Organisation des Gewerbestandes im ganzen Kanton aufzubauen und die berufliche Ausbildung zu stärken. Die Vordenker des neuen Verbandes erkannten die wachsende Bedeutung des eigenen Standes und wollten wie in anderen Kantonen die Kräfte bündeln, um den Einfluss zu erhöhen.

Aufbau der Berufsbildung

Doch lediglich drei Sektionen (Chur, Davos und Arosa) der damals existierenden lokalen Gewerbevereine liessen sich auf die Gründung ein. Beabsichtigt war deshalb, an weiteren grösseren Orten lokale Gewerbevereine zu bilden und zudem in den Tälern Einzelmitglieder zu gewinnen. Andererseits war es ein Gebot der Stunde, die berufliche Ausbildung zu fördern. Denn einen Fach-

kräftemangel gab es auch damals. Die grosse Bautätigkeit, speziell in den Tourismusorten, erforderte eine grosse Zahl qualifizierter, beruflich geschulter Handwerker, die nicht – oder zumindest nicht in genügender Zahl – vorhanden waren. Für das Gewerbe war es deshalb von grösster Bedeutung, den eigenen Nachwuchs professioneller auszubilden. Die Zahl der Gewerbeschulen sollte vermehrt, geeignete Lehrpersonen gesucht und Lehrlingsprüfungen durchgeführt werden.

Schwierige Startphase

Der mit viel Enthusiasmus gestartete Kantonalvorstand musste umgehend erkennen, dass ihm der Wind nicht günstig blies. Der BGV war ein völlig neues Konstrukt, das in einer Zeit der Hochkonjunktur entstand, d.h. in einer Zeit, in der es grosse Weitsicht brauchte, um in eine Organisation einzutreten, die nicht einen sofortigen Nutzen für seine Mitglieder aufweisen kann. Der erste aus fünf Mitgliedern bestehende Kantonalvorstand aus Chur warf schon nach einem Jahr das Handtuch. Die Nachfolger machten es nicht besser. Nach etwas mehr als einem Jahr erklärten sie kollektiv die Demission. Angesichts der «gewerblichen Interessenfaulheit» wollten sie den Verband auch wieder auflösen. Nach Ansicht des Vorstandes war die kantonale Verbindung der Gewerbevereine «zehn Jahre zu früh» ins Leben gerufen worden. Die Delegiertenversammlung 1903 konnte indessen mit diesem Antrag nichts anfangen. Sie wählte eine neue Verbandsspitze und beschloss den Beitritt zum damaligen Schweizerischen Gewerbeverein, der noch im gleichen Jahr seine Delegiertenversammlung in Chur abhielt und den neuen

BGV-Präsidenten in den Zentralvorstand (heute Gewerbekammer) wählte.

Ein Durchstart mit Folgen

Kaum gewählt, gab sich der neue Kantonalvorstand ein 5-Punkte-Programm, welches er auch umzusetzen wusste:

1. Schaffung einer honorierten Gewerbesekretärstelle in Verbindung mit der Sektion Chur
2. Gesuch an die Regierung zur finanziellen Unterstützung des Kantonalvorstandes
3. Obligatorische Lehrlingsprüfungen für alle Lernenden
4. Veranstaltung von Vorträgen in den Sektionen während der Winterzeit
5. Stellungnahme zum Gesetz über Markt- und Hausverkehr

Einzig der zweite Punkt ist aus heutiger Sicht nicht mehr zeitgemäss, ansonsten decken sich diese Punkte mit dem heutigen Zweck des BGV. Noch im Winter 1904 wählte der Kantonalvorstand zusammen mit zwei Vertretern des Gewerbevereins Chur den ersten Gewerbesekretär. Anfangsbesoldung 300 Franken jährlich, zuzüglich Auslagenersatz, wobei das Pflichtenheft stark an das heute geltende erinnerte und alles andere als minim war. Allerdings zeigte sich schnell, dass die nebenamtliche Sekretariatsführung nicht genügen konnte. Bereits 1908 wurde der erste vollamtliche Gewerbesekretär mit einem Anfangslohn von 3000 Franken angestellt. Zur Finanzierung musste der Verband anfänglich auf freiwillige Beiträge der Mitglieder zurückgreifen.

Da die gesetzliche Regelung nicht spruchreif war, beschloss die DV 1905 die Durchführung der Lehrlingsprüfungen, die aber nur



Ziegelei Landquart.

Bild Fotostiftung Graubünden



Tuchfabrik Truns, Trun (Eröffnung 1912).

Bild Fotostiftung Graubünden

für die eigenen Mitglieder obligatorisch war. Erst 1919 konnte das seit der Gründung erstrebte Ziel des Obligatoriums erreicht werden. Das Bündner Volk stimmt dem Gesetz über das Lehrlingswesen zu. Neu wurden zudem nach Bedarf Zwischenprüfungen angeordnet, wenn bei den Fortschritten der Lernenden Zweifel angebracht waren.

Steuergesetz und Gewerbeausstellung

In den folgenden Jahren befasste sich der BGV wiederholt mit Streik- und Lohnbewegungen, die sich speziell im Baugewerbe bemerkbar machten. In den Jahren 1910 und 1911 galt das Hauptaugenmerk der Revision des kantonalen Steuergesetzes. Nach dem Beschluss zur Durchführung einer kantonalen Industrie- und Gewerbeausstellung in Chur sollte diese in die Annalen eingehende Veranstaltung die Arbeit des BGV mehr oder weniger bis zum Kriegsbeginn 1914 beherrschen. Die Ausstellung dauerte vom 26. Juli bis 22. Oktober 1913 und wurde zu einem vollen Erfolg. Rund 200 Funktionäre waren an der Organisation beteiligt, die vom Kantonalvorstand geleitet wurde. Sie bedeckte auf der Quader ein Areal von 7642 m². In acht zusammenhängenden Hallen, einem Zeltbau und einem massiv erstellten Gebäude wurde ein überzeugender Einblick in die gesamte bündnerische Wirtschaft in Gewerbe, Industrie, Hotellerie, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Jagd und Fischerei vermittelt. Gleichzeitig fand auch eine Ausstellung bündnerischer Kunst statt. Die Finanzierung war für damalige Verhältnisse ein Kraftakt und erfolgte über Private, die Garantiescheine zeichnen mussten, die öffentliche Hand und eine Lotterie mit 250 000 verkauften Losen. Als Gewinne

winkten Ausstellungsgegenstände. Mit dieser Ausstellung konnte der BGV in der Bündner Bevölkerung ein starkes Zeichen setzen.

Überparteiliche Organisation

In den folgenden Kriegsjahren kam es es gedungen zu einer Einschränkung der Verbandstätigkeit. Doch untätig blieb man auch in dieser Zeit nicht. 1919 hatte der Grosse Rat die Submissionsverordnung verabschiedet, die sich über Jahrzehnte halten sollte und erstmals das Vorgehen des Kantons bei Ausschreibung und Vergabe von Arbeiten und Lieferungen regelte. Wiederholt war auch die Gründung einer Kreditgenossenschaft ein Thema. Gewerbetreibenden sollte mit diesem Instrument möglichst günstiges Geld beschafft werden. Doch man war sich unter den Mitgliedern nicht einig, sodass die Sache nach verschiedenen Anläufen 1921 definitiv im Sand verlief. Im gleichen Jahr fand zum zweiten Mal die Delegiertenversammlung des sgv in Chur statt und dies nur wenige Wochen nachdem die DV des BGV einen epochalen Entscheid getroffen hatte, der bis in die heutige Zeit Gültigkeit hat. Die Delegierten befassten sich mit der Stellung von wirtschaftlichen Organisationen zu den politischen Parteien und fassten folgenden Beschluss:

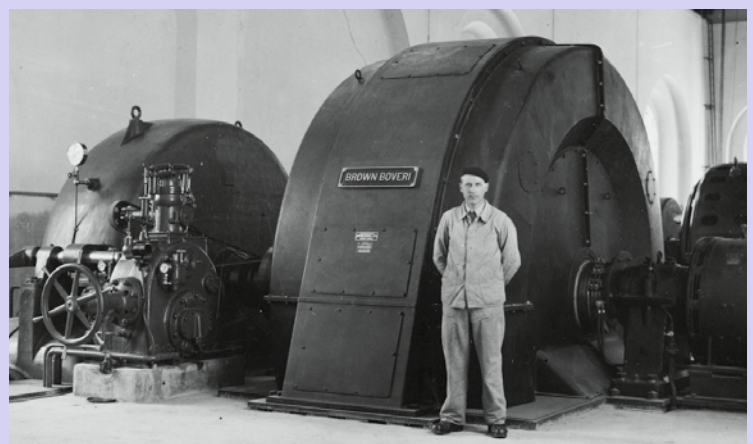
«Die Bildung eigener wirtschaftlicher Parteien ist abzulehnen, dagegen sollen sich die Angehörigen der verschiedenen wirtschaftlichen Gruppen in ihren politischen Parteien in vermehrter Weise betätigen, um den gerechten, berechtigten und notwendigen Forderungen des Mittelstandes zum Durchbruch zu verhelfen. Die politische Betätigung des Mittelstandes ist nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht.»

Wirtschaftsgeschichte 1900 – 1925

Graubünden stand im Übergang vom 19. ins 20. Jahrhundert im Zeichen eines allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwunges. Hotellerie, Gewerbe und Handel konnten sich stark entwickeln. Eine wirtschaftliche Blütezeit setzte bis zum Ersten Weltkrieg 1914 ein. Der Bau von vielen prominenten Hotels und der Bau der wichtigsten Strecken der RhB geht auf diese Zeit zurück. Während des Ersten Weltkriegs gingen die Gästezahlen im Tourismus stark zurück und erholten sich danach wieder. Bei anderen technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen war Graubünden weniger fortschrittlich. In der Zeit von 1900 bis 1925 galt in ganz Graubünden ein Autofahrverbot. Die Industrialisierung setzte im Vergleich zu anderen Regionen spät und spärlich in Graubünden ein. Die alpine Landwirtschaft blieb trotz den Entwicklungen ein zentraler Wirtschaftszweig, war aber durch die geringe Produktivität sowie Abwanderung geprägt. Die Nutzung von Wasserkraft setzte ein. Die erste Glühlampe mit Strom aus Wasserkraft – die erste in der Schweiz – leuchtet zum ersten Mal 1879 übrigens im Hotel «Kulm» in St. Moritz. Graubündens Wirtschaft war in dieser Zeitspanne geprägt von einem Wechselspiel zwischen traditionellen Strukturen und moderner Entwicklung. Der Tourismus etablierte sich als zentraler Wirtschaftssektor, während die Landwirtschaft und das Gewerbe sich nur langsam modernisierten. Herausforderungen wie der Erste Weltkrieg verlangten Anpassungen und führten zu einem allmählichen Strukturwandel.



Rhätische Bahn (Russeinerbrücke).



Kraftwerke Brusio (heute Repower AG).

Bild Fotostiftung Graubünden

Bild Fotostiftung Graubünden

Die Entwicklung des BGV in den Kriegsjahren

Mit der Aufhebung des Autoverbots und des kantonalen Gesetzes über die Ausübung von Handel und Gewerbe konnte der BGV in den Zwischenkriegsjahren wichtige Volksabstimmungen gewinnen. Die Jahre im Handel, Gewerbe und Tourismus waren während der Dreissigerjahre von zahlreichen Herausforderungen geprägt: schwierige finanzielle Lage, Arbeitslosigkeit und Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit durch die «Kriegswirtschaft».

mi. Wichtige Institutionen für die Mitglieder des BGV, wie die eigene Ausgleichskasse oder die Bürgerschaftsgenossenschaft für KMU, wurden in der Zeit von 1926 bis 1950 gegründet. In diesem Jahr jährt sich die Aufhebung des Bündner Autoverbots zum 100. Mal. Allerdings: noch am 5. Januar 1925 stimmte die Bevölkerung bereits zum 9. Mal über die Zukunft des Automobilverkehrs auf dem eigenen Strassennetz ab. Wenn auch knapp, erlitt auch diese Abstimmung das gleiche Schicksal wie alle ihre Vorläuferinnen.

Dieses Ereignis war dann auch für den BGV, der sich bis anhin kaum an vorderster Front der Befürworter der Aufhebung hervortat, zu viel. Am 6. Februar 1925 richtete er ein Schreiben an den Kleinen Rat, der heutigen Regierung, in welchem er auf die positiven Ergebnisse der beiden letzten Testjahre hinwies. Das Resultat der Volksabstimmung sollte eine resolute Rückkehr zum starren Autoverbot bringen, welche mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen verbunden sei. Exponenten des Verbandes beteiligten sich in der Folge an einer Initiative, die bereits

am 1. Mai 1925 mit über 6699 beglaubigten Unterschriften, was über einem Fünftel der damaligen Stimmberechtigten entsprach, eingereicht wurde. Die Volksabstimmung fand am 21. Juni 1925, also gut fünf Monate (!) nach der letzten Abstimmung zur gleichen Frage, statt. Mit einer Mehrheit von 52 Prozent und einer Stimmbeteiligung von 73 Prozent wurde die Initiative angenommen. Der in Graubünden besonders lang dauernde Widerstand gegen das Automobil konnte endlich beseitigt werden – dies auch dank den Bemühungen des noch jungen BGV. Erste Auswirkungen waren eine deutliche Zunahme der Übernachtungszahlen in der Hotellerie. Und als nach jahrelangen Vorarbeiten und Vorstössen im April 1929 auch noch das kantonale Gesetz über die Ausübung von Handel und Gewerbe in der Volksabstimmung angenommen wurde, hatte der BGV wichtige politische Ziele erreicht. Doch lange sollte diese Freude nicht reichen.

Schwierige Dreissigerjahre: Den Unternehmen fehlt das Geld

Die Anfang der Dreissigerjahre ausgebrochene Weltwirtschaftskrise verschonte weder die Schweiz noch Graubünden. Der wieder flott in die Gänge gebrachte Tourismus begann zu stocken, auch Gewerbe und Handel erlitten schwere Verluste. Der Bund musste Hilfsmassnahmen für die Hotellerie gewähren, verlangte bei den Sanierungsmassnahmen allerdings auch eine Beteiligung der Gläubiger, die in erheblichem Mass aus Handel und Gewerbe zusammengesetzt waren. Dass der geplagten Hotellerie geholfen werden sollte, war auch die Meinung des BGV, doch sollten nicht die eigenen Mitglie-

der dabei zugrunde gerichtet werden. Im Laufe der Jahre konnte dank eines stärkeren Gläubigerschutzes eine Besserung erzielt werden. Doch kaum war ein Loch gestopft, öffnete sich ein nächstes. Die zunehmende Beschäftigungslosigkeit verlangte nach rasch wirkenden Lösungen. Der BGV setzte sich aktiv für Arbeitsbeschaffungsmassnahmen ein und so wurden ab 1931 im Kanton und in den Gemeinden Notstandsarbeiten durchgeführt. Der Ausbau der kantonalen Strassen wurde beschleunigt. Der Bündner Gewerbeverband bemühte sich immer wieder, neben den Tiefbauarbeiten auch den Hochbau durch öffentliche Beiträge anzuregen; denn nur im Letzteren konnten viele Unternehmen hinreichende Beschäftigung finden. 1936 richteten Kanton und Gemeinden erstmals für Umbauten und Renovationen Beiträge aus. Ein Jahr später beteiligte sich der Bund an diesem Programm, musste dieses aber während des Krieges wieder einstellen. Immerhin konnte mit vergleichsweise geringen öffentlichen Beiträgen ein Bauvolumen von etlichen Millionen Franken ausgelöst werden, welches die Arbeitslosigkeit etwas mildern konnte.

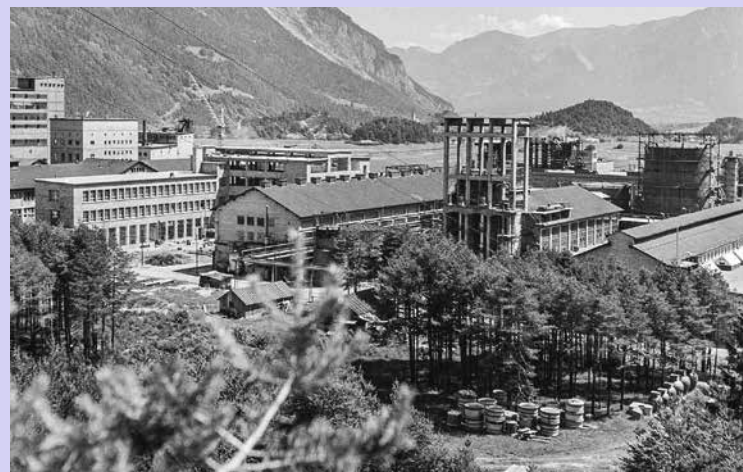
Auf und Ab im BGV

Nachdem seit fast 20 Jahren die Diskussionen um die Gründung einer eigenen gewerblichen Kreditgenossenschaft zwar nie verstimmt waren, aber auch nie zum Erfolg geführt hatten, konnte unter dem Druck der herrschenden Verhältnisse endlich eine zufriedenstellende Lösung gefunden werden. 1936 beschloss die Delegiertenversammlung in Davos den Beitritt zur Ostschweizerischen Bürgschafts- und Treuhandgenos-



Nach dem Brand im Jahr 1944 wurde das «Grand Hotel» in St. Moritz 1947 abgetragen (Bild: 1930er-Jahre).

Bild Fotostiftung Graubünden



Die Holzverzuckerungsanlage bei Ems war die Keimzelle der späteren Ems-Chemie (Bild: 1949).

Bild Bild Fotostiftung Graubünden

senschaft für Handwerk und Detailhandel (OBTG) in St. Gallen. Diese auf dem Gebiet des Kreditwesens gegründete Einrichtung verfügte schon über wertvolle Erfahrungen und sollte sich bis in die heutige Zeit bewähren. Noch heute profitieren Bündner KMU von der Nachfolgeorganisation Bürgschaftsgenossenschaft für KMU (BG Ost-Süd). Schon von Anfang an unterstützte die OBTG die Mitglieder des BGV mit der Beschaffung von Betriebsmitteln, bei Sanierungen, in der Betriebsberatung oder der Führung der Buchhaltung. Die Aufgabe des BGV war vor allem die Förderung und eigene Zeichnung von Anteilscheinkapital. 30 Jahre lang konnte der BGV die Lehrlingsprüfungen (die heutigen Qualifikationsverfahren) selbstständig durchführen. Doch 1938 beschloss der Grosse Rat die Aufhebung der elfköpfigen Lehrlings- und der fünfköpfigen Lehrlingsprüfungskommission. An ihre Stelle traten drei autonome Lehrlingskommissionen für die Prüfungskreise Chur und Umgebung, Engadin und Davos unter der Federführung des Kantons. Das Bundesgesetz verlangte neu auch eine Beteiligung der Arbeitnehmerschaft in diesen Kommissionen. Der BGV fand sich nur widerstrebend mit der neuen Ordnung ab und verwies noch lange auf den Kanton St. Gallen, wo die gewerblich-industriellen Prüfungen bis heute vom Kanton an den Kantonalen Gewerbeverband delegiert worden sind.

Wirtschaftliches Überleben während des Zweiten Weltkriegs

Der Kriegsausbruch Anfang September 1939 brachte einschneidende Umstellungen im Wirtschaftsleben. Die kriegswirtschaftli-

chen Vorschriften häuften sich und verursachten den Unternehmern grosse Mehrarbeit. Doch mit höchster Priorität mussten rasch wirkende Hilfsmassnahmen für Handel und Gewerbe an den Tourismusorten ausgelöst werden. Diese waren infolge des plötzlichen Fernbleibens einheimischer und ausländischer Gäste in eine schwierige finanzielle Lage geraten. Am 12. April 1940 erliess der Bundesrat einen Beschluss über die allgemeine Gewerbehilfe. Danach übernahm der Bund eine Risikogarantie von 80 Prozent bei Bürgschaftskrediten bis zu 6000 Franken, die als Folge der Kriegsverhältnisse gewährt werden mussten. Der Kanton Graubünden übernahm die Garantie für die übrigen 20 Prozent. Am 13. September 1941 folgte ein weiterer Bundesbeschluss in dieser Sache. Für das Autogewerbe und die «Fremdenplätze» wurde die Bürgschaftsgrenze verdoppelt. Elf Tourismusorte in Graubünden fielen in die Kategorie «Fremdenplätze». Graubünden musste von allen Kantonen diese Hilfe am stärksten in Anspruch nehmen. Sie wurde über die Ostschweizerische Bürgschaftsgenossenschaft (OBTG) abgewickelt, welche für die örtlichen Verhältnisse viel Verständnis aufbrachte. Hier zeigen sich einige Parallelen zu den Covid-Krediten vor fünf Jahren, welche auch über die Bürgschaftsgenossenschaften abgewickelt wurden.

Aufhebung der Kriegswirtschaft

Mit Kriegsende hörte die Gewerbehilfe mit staatlicher Risikogarantie auf. Diese Massnahme hatte sich sehr gut bewährt, die eingetretenen Verluste waren gering. Der kriegswirtschaftliche Apparat wurde stark

abgebaut und die gesetzliche Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit aufgehoben. Die Bewilligungspflicht zur Eröffnung neuer Betriebe, welche Teil der Kriegswirtschaft war, fiel dahin. Ebenfalls wurde das seit 1933 geltende Warenhaus- und Filialverbot Ende 1945 ebenfalls aufgehoben. Die Folge war ein verschärfter Konkurrenzkampf im Wirtschaftsleben, die Marktwirtschaft kehrte zurück.

Neuorientierung des BGV

Um den Anforderungen der Nachkriegszeit besser genügen zu können, wurde 1947 eine interne Reorganisation im BGV durchgeführt. Es wurden die Gruppen Baugewerbe und Detailhandel gebildet, die je eine autonome Leitung hatten. Ziel war eine rasche Behandlung anstehender Fragen, ohne dass der ganze Verbandsapparat in Bewegung gesetzt werden musste. Der Kantonalvorstand bzw. sein leitender Ausschuss konnte entlastet werden und sich Fragen allgemeiner Tragweite widmen. Nach Annahme der Alters- und Hinterlassenenversicherung durch das Schweizer Volk beschloss eine ausserordentliche Delegiertenversammlung im September 1947 in Tiefencastel die Gründung einer zwischenberuflichen Verbandsausgleichskasse in der AHV. In Zusammenarbeit mit dem Bündner Handels- und Industrieverein (heute Handelskammer und Arbeitgeberverband) konnte die Ausgleichskasse Ende 1947 endgültig in Betrieb genommen werden. Zitiert wird das Ergebnis in den Materialien Anfang 1950 wie folgt: «Mit dem Kassenleiter als einzigem Angestellten funktioniert die Kasse billig und reibungslos.»



Öl- und Kohleknappheit während dem Krieg: die RhB stellt für die Zentralheizung auf Holz um. Neue Spaltmaschine, Landquart. Bild Bild Fotostiftung Graubünden



Automalerei und Garage der Gebrüder Meier in Chur. (Bild: zwischen 1925 und 1933). Bild Bild Fotostiftung Graubünden

Die goldenen Jahre

Die Befürchtungen vieler Experten nach dem 2. Weltkrieg in Wirtschaft und Politik, aber auch der Bevölkerung, dass sich die Wirtschaft wie nach dem 1. Weltkrieg nur langsam erholen würde, trafen nicht ein. Steigende Preise, soziale Unruhen, Streiks und hohe Arbeitslosigkeit gab es keine mehr in Europa.

mi. Weitsichtige Politiker erkannten, dass sich nur ein befriedetes und prosperierendes Europa unter Einbezug der Verlierermächte rasch erholen würde. Dies war der Start zur wirtschaftlichen Integration Europas, die zwar nicht reibungslos, im Grossen und Ganzen aber erfolgreich verlaufen sollte. Die Schweiz konnte sich von Beginn weg an diesem generellen Aufschwung beteiligen. Als grossen Vorteil wies sie im Gegensatz zu den Nachbarländern zudem über unversehrte Unternehmungen und eine intakte Infrastruktur auf. Die allgemeine Stimmung wurde dank hoher Exporte und beträchtlicher Investitionen zunehmend optimistischer. Leichte Rückschläge für die Schweizer Wirtschaft gab es in den Nachkriegsjahren nur 1949 und 1958. Begünstigt wurde der Wachstumsschub durch billige ausländische Arbeitskräfte und eine niedrige Bewertung des Schweizerfrankens, was schon kurze Zeit nach Kriegsende im Tourismus zu einer gesteigerten Nachfrage ausländischer Gäste führen sollte.

Drei Treiber: Tourismus, Kraftwerks- und Strassenbau

Davon konnte auch Graubünden profitieren, wo der Aufschwung aufgrund der Wirt-

schaftsstruktur (wenig Industrie, kaum Finanzdienstleistungen) zwar verzögert einsetzte, aber dank des Tourismus bereits 1946 mit vier Millionen Logiernächten wieder den Stand von 1930 aufwies. Bis 1954 verharrte die Entwicklung auf diesem Niveau, dann setzte ein starkes und kontinuierliches Wachstum ein, das 1973 mit 13,8 Millionen Logiernächten (inklusive Parahotellerie) einen vorläufigen Höhepunkt erreichen sollte.

Neben dem aufstrebenden Tourismus trugen in dieser Phase zwei weitere Impulse wesentlich zum wirtschaftlichen Aufschwung in Graubünden bei. Der Bau der meisten Wasserkraftwerke fiel in diese Zeit. Zudem stimmten Volk und Stände 1960 dem Verfassungsartikel über das Nationalstrassennetz zu, was sich in Graubünden im Bau der A13 zeigte und 1967 in der Eröffnung des San-Bernardino-Tunnels gipfelte. Der Strassenverkehr erlangte zunehmende Bedeutung. Von 1945 bis 1970 stieg der Motorfahrzeugbestand von 1000 auf 44 000. Die Blütezeit des Bündner Autogewerbes stand an ihrem Anfang – und das nur 20 Jahre nach der Aufhebung des allgemeinen Fahrverbots.

Vom letzten auf den 14. Rang

Gehörte Graubünden bis zur Mitte der Fünfzigerjahre traditionell zu den Kantonen mit dem niedrigsten Wohlstandsniveau, sollte sich dies aufgrund der erwähnten Entwicklung nun rasch ändern. 1970 erreichten die in Graubünden ansässigen Personen rund 90% des schweizerischen Durchschnitts des Volkseinkommens, oder anders gesagt: Vom Schluss der Rangliste schaffte man es immerhin auf den 14. Platz aller (damals

noch 25) Kantone. Die Einkommens- und Vermögenssteuern des Kantons 1970 fielen mit 99 Millionen Franken sechsmal höher aus als 1955.

Der BGV stellt sich neu auf

Im Bündner Gewerbeverband durfte man sich über diese Entwicklung freuen, wenn dies auch in den vielen Jahresberichten und Jubiläumsschriften nur wenig zum Ausdruck kommt. Das hatte seine Gründe. Die Nachkriegsjahre wurden für die vielen kleinen und kleinsten Betriebe zur Tortur. Denn durch das sogenannte Vollmachtenrecht des Bundesrates musste im Krieg die direkte Demokratie höheren Interessen geopfert werden. Die Gesetzesmaschinerie und die Gesetzesinflation nahmen nach Kriegsende aber dann vor allem zu Beginn der 50er-Jahre ihren Lauf. «Um einseitige Lösungen und Überbordungen zu verhindern» (wie der damalige Sekretär Dr. Josias Grass schrieb), sei es notwendig, die Selbstständigerwerbenden zu schützen.

Grass erkannte, dass das Gewerbe seine Stimme in Vorberatungen, Konferenzen, Kommissionen, Parlamenten sowie in den Medien und Volksabstimmungen erheben musste. Der Verbandsführung gelang es dank geschickter organisatorischer Massnahmen und Optimierung der Verbandsfinanzen, den BGV neu zu positionieren. Um verbandsintern den Austausch zu fördern, wurde neben der geglückten Aufteilung der strategischen Führung in Kantonalvorstand sowie in den Gruppen Detailhandel und Bauwesen mit eigenen Kompetenzen neu die Präsidentenkonferenz geschaffen, in der die ordnungspolitischen Geschäfte be-



Teilneubau und Verbreiterung der Lukmanierstrasse (1950–1972).



Gelände der Ems-Chemie, Blick in Richtung Felsberg, 1950er-Jahre.

handelt wurden. Der Verband begann zu wachsen. Von 50 Sektionen mit 3300 Mitgliedern im Jahre 1945 bis zu 66 Sektionen mit 4450 Mitgliedern im Jahre 1956.

Wiedergeburt des früheren Vororts

Der Bündner Gewerbeverband blieb nicht bei den eigenen Grenzen stehen. Er wusste, dass er zur Durchsetzung seiner Anliegen Verbündete im Kanton mit ähnlich gelagerten Interessen brauchte. In beharrlichen Anläufen, die nicht immer von Erfolg gekrönt waren, gelang im Oktober 1953 die Wiedergeburt des früheren Vororts, der neu «Vereinigung der Bündner Wirtschaftsverbände» genannt wurde. Der Vereinigung gehörten neben dem BGV, dem Bündner Handels- und Industrieverein, dem Bündner Hotelierverein, dem Bündner Bauernverband auch der Verkehrsverein für Graubünden an. Das Präsidium wechselte und wurde zuerst vom BGV geführt.

Die fünf Organisationen schrieben sich auf die Fahne, zu allgemeinen volkswirtschaftlichen Problemen Graubündens, Fragen der Rhätischen Bahn, des Strassenbaus, des Verkehrs, des San-Bernardino-Durchstichs oder der Fremdarbeiterthematik Stellung zu nehmen. Aber die Trägerschaft sollte auch dazu dienen, die Probleme des «anderen» zu verstehen und die Solidarität unter den bedeutendsten Exponenten der Privatwirtschaft zu stärken. Bei den Projekten der Ostalpenbahn mit einem Splügenbasistunnel bzw. einem Splügenstrassentunnel musste der BGV alleine vorangehen. Er führte über längere Zeit das Sekretariat des Initiativkomitees, was wohl auch mit einem der glühendsten Verfechter jener Zeit zu tun hatte. Jakob Schutz,

später Regierungsrat und Nationalrat, stand dem BGV in dieser Zeit als Präsident vor. Dem Projekt blieb nach 150 Jahren Kampf kein Erfolg beschieden.

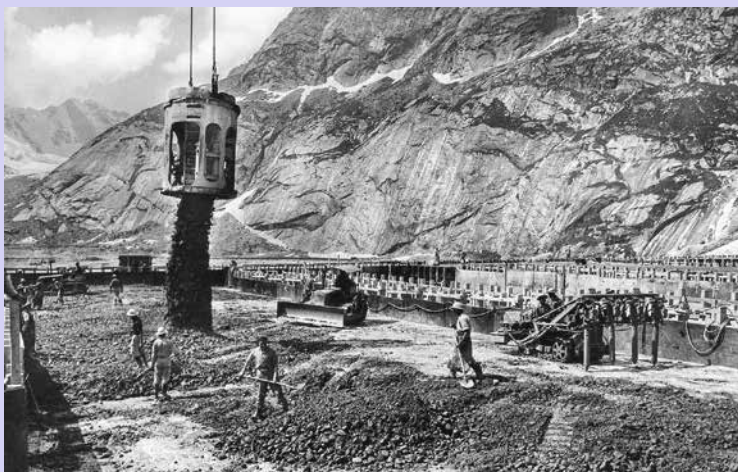
An vielen Fronten erfolgreich

Obwohl der Kraftwerkbau ein grosser Treiber der volkswirtschaftlichen Entwicklung jener Zeit war, profitierte das einheimische Gewerbe anfänglich kaum davon, was zu einer geharnischten Resolution der Delegiertenversammlung des Bündner Gewerbeverbandes führte und anschliessend zu verschiedenen Besprechungen mit dem Kleinen Rat (heute Regierung) und den Investoren aus dem Unterland. Die Intervention war erfolgreich und führte zur sogenannten «Gewerbeschutzklausel» in allen Konzessionen der Fünfziger- und Sechzigerjahre. Bei Konkurrenzfähigkeit in Qualität und Preis musste die Arbeitsvergebung an Unternehmungen der Konzessionsgemeinden und übrigen Bündner Firmen gegenüber den Unterländer Bewerbern erfolgen. Um Umgehungen zu verhindern, wurde in der Folge die Klausel permanent verschärft. In vielen weiteren Bereichen, sei es bei der Einführung von Gesamtarbeitsverträgen, ihrer Allgemeinverbindlichkeit, kollektiven Streitigkeiten (spricht: Streik), den Revisionen des kantonalen Steuergesetzes, der Ausdehnung des Fähigkeitsausweises im Gastgewerbe oder der Kompetenz der Gemeinden, im Gastgewerbe eine «gewerbepolitische-wirtschaftliche Bedürfnisklausel» einzuführen, wusste der Bündner Gewerbeverband, sich für seine Mitglieder und Sektionen einzusetzen. Verwehrt blieb ihm allerdings die Einführung eines obligatorischen Fähigkeitsausweises

für das Wagner-, Sattler-, Schumacher- und Coiffeurgewerbe.

Die Bäume wachsen nicht in den Himmel

Die lang anhaltende Wachstumsphase nach dem 2. Weltkrieg nährte die Hoffnung, lang anhaltende Einbrüche würden ausbleiben. Zwar boomte die Wirtschaft Anfang der Siebzigerjahre noch, doch die Überhitzung des Wirtschaftsmotors hatte eine hohe Teuerung zur Folge. Es kam zu unergiebigem Hektik, denn die Politik war im Irrtum, mit konjunkturpolitischen Massnahmen, über die der Schweizer Souverän abstimmen musste, erfolgreich Gegensteuer gegeben zu haben. Der BGV wehrte sich erfolglos an der Urne. Abgesehen davon, dass die Wirkungen solcher Massnahmen schon damals sehr umstritten waren, kamen sie eindeutig zu spät. Aber es prasselten nicht nur hausgemachte Probleme auf die Schweiz und Graubünden ein. Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen war zwar langfristig richtig, verursachte aber eine deutliche Aufwertung des Schweizer Frankens, weil dieser schlicht unterbewertet war. Hinzu kam 1973 die durch den Jom-Kippur-Krieg ausgelöste Erdölkrise. Das Fazit in Graubünden: Die Bautätigkeit ging erheblich zurück, der Zuzug ausländischer Saisonarbeiter wurde begrenzt, im Tourismus wurden erste Anzeichen einer Stagnation festgestellt, der Detailhandel hatte seit längerer Zeit mit den grossen Einkaufszentren zu kämpfen, die mit der Krise einhergehende Abwanderung führte zu einem geringeren Konsum. Die Bündner Gewerbetreibenden und Gewerbetreibenden waren gezwungen, erstmals seit vielen Jahren den Gürtel enger zu schnallen.



Bau der Albigna-Gewichtsstaumauer (1955–1959).



1965, Chur mit Globus und Bahnhof.

Bilder Fotostiftung Graubünden

Auf und ab gegen Ende des Jahrhunderts

Die Mitte der Siebzigerjahre aufgrund der Weltwirtschaftslage einsetzende Krise blieb schweizweit nachhaltig in den Köpfen der Leute, was damit zu tun hatte, dass es seit 1948 nie mehr einen so lange andauernden Nachfragerückgang gab. Erst gegen Ende der Siebzigerjahre erholte sich die schweizerische Volkswirtschaft langsam von der kräftigen Rezession. Die Investitionen, die stark zurückgegangen waren, stiegen, und die Unternehmungen hatten eine wachsende Zuversicht vor Augen.

jm. Auch ein zweiter markanter Anstieg der Erdölpreise im Jahre 1979 vermochte die Wirtschaft nicht mehr derart zu beunruhigen wie beim ersten Mal. Doch wie sich zeigen sollte, würde diese Krise nachhaltigen Einfluss auf den Wirtschaftsstandort Schweiz haben.

Von der Rezession zur Hochkonjunktur

Natürlich machten sich die Auswirkungen der Rezession auch in Graubünden bemerkbar, allerdings war es auch so, dass der Anstieg in der früheren Hochkonjunktur weniger ausgeprägt und der anschliessende Niedergang dafür etwas weniger hart war als im Durchschnitt der Schweiz. Das Bevölkerungswachstum zwischen 1970 und 1980 fiel mit 1,6 Prozent wesentlich tiefer aus als im vorausgegangenen Jahrzehnt (9,9 Prozent). Die Abwanderung, vor allem der ausländischen Arbeitskräfte (und damit auch der teilweise «Export» der Rezession), machte sich deutlich bemerkbar. Die stagnierende Einwohnerzahl wirkte sich dämpfend auf den Konsum und die Investitionen aus. Innerhalb weniger Jahre vollzog sich in

manchen Branchen ein eigentlicher Strukturwandel. Arbeitsplätze mussten abgebaut werden, viele Betriebe hatten sich mit grossem Einsatz den neuen Verhältnissen anzupassen. Im Handel sass den Grossverteilern die Detaillisten noch stärker im Nacken. Im Nachgang durfte man allerdings feststellen, dass die gewerbliche Wirtschaft aus eigener Kraft gestärkt aus den Rezessionsjahren hervorgegangen ist. Zwar musste das Bauhauptgewerbe Arbeitsplätze abbauen, das Ausbaugewerbe konnte aber kompensieren, indem es mehr als 20 Prozent zulegte. Immer mehr Anspruchsgruppen aus der Gesellschaft machten sich bemerkbar. Die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit konnten sich so nicht verbessern.

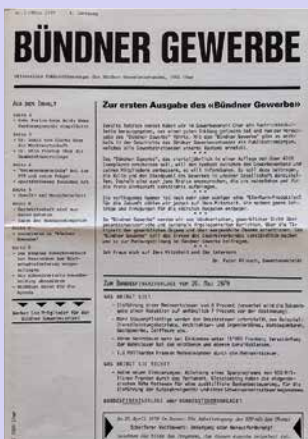
Der BGV gibt Gas

Diese Entwicklung, die für die gesamte Schweiz und nicht nur für Graubünden galt, mochte der BGV nicht tatenlos hinnehmen. Er erkannte, dass eine erfolgreiche Vertretung der Anliegen des Gewerbes eine umfassende und gute Organisation brauchte. In den Achtzigerjahren wusste er seine Schlagkraft markant zu stärken: Der gesamte Mitgliederbestand erhöhte sich um mehr als 1300 auf 5700, und die Zahl der angeschlossenen Berufsverbände und Gewerbevereine stieg um 13 auf 64 Sektionen. Alle Mitglieder erhielten ab 1979 mindestens viermal pro Jahr und immer vor den Abstimmungswochenenden mit dem «Bündner Gewerbe» ein eigenes Publikationsorgan, welches ab Einführung des eigenen EDV-Systems im Jahre 1986 intern mit eigenem Personal druckreif produziert wurde. Regelmässig veröffentlichte der BGV seine Haltung in den kantonalen und regionalen Medien, wobei

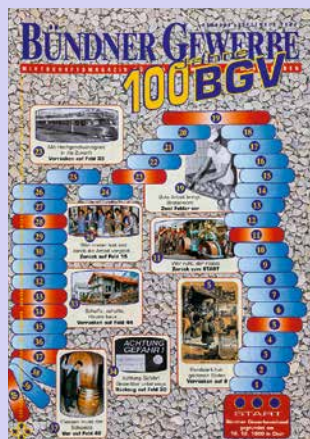
die Wahl 1983 seines Sekretärs Dr. Peter Aliesch in den Nationalrat fördernd wirkte. Um die Vernetzung mit der kantonalen Politik zu verbessern, wurde im gleichen Jahr die Gewerbegruppe des Grossen Rats ins Leben gerufen, die zum Ziel hatte, die Anliegen des Gewerbes breiter in der kantonalen Politik abzustützen. Der BGV, der sich seit jeher primär auf die Gewerbepolitik konzentrierte, legte noch einmal einen Zacken zu und organisierte mit eigenen Ressourcen professionell Kampagnen für eidgenössische und kantonale Abstimmungen, die er oft mit überzeugenden Mehrheiten gewann. Der BGV verfolgte nicht Einzelinteressen bestimmter Branchen. Es ging ihm darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Dies war über die Kantonsgrenzen hinaus nötig, weil viele Länder die Bedrohungen der Siebzigerjahre als Herausforderung zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit begriffen. Der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs traditionelle Standortvorsprung der Schweiz schmolz beträchtlich. Im Vergleich zu anderen Ländern stieg die Steuerbelastung überproportional, und die Regulierungsdichte nahm zu. Zudem wurde schon 1988 der ausgesprochene Mangel an Fachkräften beklagt.

Besseres Steuerklima hat oberste Priorität

Im interkantonalen Steuerranking belegte Graubünden noch 1985 in allen Sparten die letzten Ränge. Eine Revision hin zu einem wirtschaftsfreundlicheren Steuerklima wurde im BGV über mehr als zehn Jahre mit höchster Priorität verfolgt. Juristische Personen hatten eine Steuerlast zu tragen, die drei- bis viermal so hoch war wie in anderen



Erstes «Bündner Gewerbe» 1979
Bild: Nicola Pitaro



BGV-Jubiläumsausgabe 2000.
Bild: Nicola Pitaro



Bauarbeiten für den Autoverlad durch den Vereinatunnel in Klosters Selfranga 1991.
Bild: Fotostiftung Graubünden

Kantonen, was für die Standortattraktivität und die hiesigen Unternehmen ein Desaster bedeutete. Mit der Totalrevision des Steuergesetzes im Jahr 1986 konnten endlich nicht alle, aber ein guter Teil der Forderungen des BGV erfüllt werden. Von Bedeutung war insbesondere der Wechsel von der Vermögens- zur Kapitalsteuer bei den juristischen Personen, der aus fiskalischen Gründen nur möglich wurde, weil sich die grossen Kraftwerkgesellschaften nach wie vor freiwillig der Vermögenssteuer unterzogen. Zudem griff insbesondere die Einführung der sogenannten Sofortabschreibung, die auch für Einzelfirmen galt. Bis zu 80 Prozent einer neuen Investition konnten im ersten Jahr abgeschrieben werden. Mit der von den Behörden eingeleiteten gesetzlichen Wirtschaftsförderung konnte der BGV allerdings wenig anfangen. Er pochte auf bessere Rahmenbedingungen. Weitergehende Eingriffe lehnte er ab, weil sie «keinen grossen Beitrag für die wirtschaftliche Standortgunst des Kantons leisten». Im Bewusstsein der Bedeutung des Tourismus forderte der BGV insbesondere, die Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft zu verbessern, die Geldströme zu entflechten und die Beherbergungsabgabe der Hotellerie nicht mehr für die Strassenrechnung, sondern für die Förderung des Tourismus zu verwenden. Damit vermochte er allerdings vorerst nicht durchzudringen. Lange bevor es am 6. Dezember 1992 zur Abstimmung über den Beitritt zum EWR kam, diskutierte der BGV über die Vor- und Nachteile. Letztlich entschied er sich dagegen, was bei einer Stimmbeteiligung von 75,6 Prozent (!) der Bündner Souverän mit 62 115 Nein-Stimmen gegenüber 29 821 Ja-Stimmen auch tat. Weitere

Meilensteine in den Achtzigerjahren waren die Einführung der Kinderzulagen für Selbständigerwerbende mit einem fakultativen Bezugsrecht – davon wurde weit mehr Gebrauch gemacht, als ursprünglich angenommen – und anlässlich der Hundertjahrfeier der Gewerbeschule Chur die Durchführung einer Berufsschau 1986, mit welcher der BGV Schüler der siebten und achten Klasse ansprach. 52 Verbände beziehungsweise Aussteller demonstrierten für rund 4000 Schülerinnen und Schüler und weitere Interessierte 120 verschiedene gewerblich-industrielle Berufe. Und schliesslich nutzte der BGV zusammen mit anderen Verbänden eine Weiterbildungsoffensive des Bundes, um für die betriebliche Weiterbildung eine eigene Institution in Graubünden zu schaffen: 1990 wurde das damalige Institut für Weiterbildung (ibW) gegründet, die heutige Höhere Fachschule Südostschweiz.

Und wieder wird es härter

Die Wachstumsjahre dauerten bis 1990 und wurden dann von einer mehrjährigen Stagnation abgelöst, die Graubünden stark zu spüren bekam. Die Logiernächte im Tourismus gingen ab 1993 bis 2002 um 22 Prozent zurück. Daraus resultierte ein Einkommensverlust, den nahezu alle gewerblichen Branchen zu verkraften hatten. Nicht zum ersten Mal musste Graubünden erfahren, wie abhängig die Wirtschaft von der touristischen Entwicklung war. Es setzten engagierte Diskussionen unter Touristikern, Politikern und Wirtschaftsvertretern über richtungweisende Entscheide ein. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und Rezepte fanden aber keine rasche Umsetzung, weil sie oft keine Mehrheiten fanden.

Ab Mitte der Neunzigerjahre hat der BGV mit einigen Aktionen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gelenkt – so zum Beispiel mit der Lancierung der Kampagne «Graubündla macht's», der Herausgabe des Wirtschaftsmagazins «Puls» zusammen mit der GKB, dem Amt für Wirtschaft und Tourismus, der Handelskammer und dem Hotelierverein sowie mit der jährlichen Verleihung des Deregulierungspreises. 1996 führte er zusammen mit Handelskammer und Hotelierverein einen Wirtschaftstag mit dem Grossen Rat durch, an dem sich erstmals prominente Bündner Unternehmerinnen und Unternehmer direkt an die Behördenmitglieder wenden konnten. Und ab 1997 wurden BGV, Handelskammer und Hotelierverein jährlich von der Regierung zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Der runde Tisch sollte sich vor allem in Krisensituationen als geeignetes Gefäss bewähren.

Im Jahre 2000 konnte der BGV sein 100-jähriges Bestehen feiern. Mit einer Sonderausstellung an der GEHLA in Chur mit mehr als 80 000 Besucherinnen und Besuchern wurden unter dem Motto «Das Gewerbe gestern – heute – morgen» zusammen mit allen angeschlossenen Branchenverbänden die Bedeutung und die vielfältigen Berufslehren gezeigt. Die Leistungsschau war ein voller Erfolg. Natürlich durfte an der Jubiläums-DV, an der jedes aus den verschiedenen Branchen stammende Mitglied des leitenden Ausschusses des Vorstands eine unverhohlene Standortbestimmung vornahm, weder die Prominenz aus Wirtschaft und Politik noch das abschliessende Gala-Diner im Tittihof mit mehr als 300 Delegierten und Gästen und von Bündner Künstlern inszeniertem Unterhaltungsprogramm fehlen.



Modernes Büro mit Computern bei der Eckhold AG in Trimmis 1980.

Bild: Fotostiftung Graubünden



Ausrichtung einer Schneekanone bei der Nandro AG in Savognin 1989.

Bild: Fotostiftung Graubünden

Die Wirtschaft findet weniger Gehör

Anfang der Jahrtausendwende stellt der BGV seine Tätigkeiten noch vermehrt in den Dienst seiner Mitglieder. Er passt seine Strategie den wirtschaftlichen Verhältnissen an, kämpft für bessere Rahmenbedingungen, stärkt die Berufsbildung und will sich als grösster Wirtschaftsverband des Kantons etablieren.

mi. Im neuen Jahrtausend kann sich der BGV als grösster Wirtschaftsverband positionieren, politisch muss er aufgrund der Grosswetterlage aber zahlreiche Abstimmungsniederlagen einstecken. Die Bedeutung der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat in den letzten 25 Jahren auch beim BGV an Bedeutung gewonnen – ebenso die Schwerpunktsetzung im Rahmen einer Strategie. Zur Umsetzung der ersten Strategie werden vier Aktionspläne gebildet.

Schwierige Ausgangslage

Graubünden ist – wie alle Berggebiete – bereits gegen Ende des letzten Jahrhunderts unter starken wirtschaftlichen Druck geraten. Gründe dafür sind unter anderem die Aufwertung des Frankens, die sich negativ auf Tourismus und Export von Industriegütern, Landwirtschaftsprodukten und Wasserkraftstrom auswirkt und 2015 in der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank gipfelt. Das Zweitwohnungsverbot von 2012 lähmt zusätzlich die Binnenwirtschaft. Da Berggebiete aufgrund geografischer und struktureller Gegebenheiten seit Jahrzehnten vom allgemeinen Wachstum abgekoppelt sind, werden sie zunehmend marginalisiert. In Fachkreisen ist von einer «Brache im

Berggebiet» die Rede – ein Ausdruck, der zu politischen und gesellschaftlichen Spannungen führt. Der BGV analysiert, dass weder kurz- noch langfristig Anzeichen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bestehen. Unter Einbezug der Bevölkerungsentwicklung zeigt sich zudem, dass Graubünden eine Überalterung droht. Der BGV beschliesst, Gegensteuer zu geben, verstärkt die Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverband, Handelskammer und HotellerieSuisse Graubünden und bezieht mit diesen Verbänden das Haus der Wirtschaft in Chur. Damit entstehen die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (DWGR), welche bis heute das politische Sprachrohr der Wirtschaft sind. Berichte des Wirtschaftsforums Graubünden führen 2013 zur Erkenntnis, dass Graubünden wirtschaftlich an einem ähnlichen Punkt steht wie vor dem Aufkommen von Tourismus und Kraftwerksbau in den Fünfzigerjahren. Die zentrale Frage lautet: Welche neuen Wachstumstreiber können dem Kanton künftig helfen?

Tourismus und Olympiaabstimmungen

Obwohl der Freihandel zur Jahrtausendwende blüht und die Globalisierung voranschreitet, nimmt auch in Graubünden die Wachstumskritik zu. Selbstverständliches wie Wintersportevents wird infrage gestellt. Trotz Unterstützung aller bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft lehnt der Bündner Souverän einen Beitrag von sieben Millionen Franken zur Unterstützung der alpinen Ski-Weltmeisterschaften 2003 ab. Erst im zweiten Anlauf gelingt es dem BGV, den auf vier Millionen Franken reduzierten Betrag durchzubringen. Diese beiden Abstimmungen sind für den BGV ein Signal, sich ver-

mehrt dem wichtigsten Wirtschaftsmotor, dem Tourismus, zu widmen und seine Strategie neu auszurichten. Der BGV beteiligt sich an der Einführung der Marke Graubünden und an der Tourismusreform, mit dem Ziel, aus den rund 90 Verkehrsvereinen wettbewerbsfähigere Strukturen zu schaffen. Dies gelingt trotz erheblicher Widerstände – mit Ausnahme der Einführung einer neuen Tourismusabgabe zur Finanzierung des Tourismusmarketings, die am 25. November 2012 klar abgelehnt wird. Obwohl der BGV als Promoter früherer Olympiakandidaturen zwiespältige Erfahrungen gemacht hat, steht er weiterhin hinter Grossveranstaltungen. Mit Engagement unterstützt er die Kandidatur St. Moritz/Davos 2022, die vom Souverän mit knapp 53 Prozent abgelehnt wird. Angesichts einer sich verschlechternden Wirtschaftslage erarbeitet er gemeinsam mit Partnerkantonen eine Kandidatur für die Winterspiele 2026. Das dezentrale Konzept sieht vor, bisher übergangene Regionen und auch Chur einzubinden sowie verkehrsentensive Disziplinen ausserhalb Graubündens durchzuführen. Doch auch diese Idee überzeugt die Stimmbewölkerung nicht und wird mit rund 60 Prozent Nein-Stimmen verworfen.

Abgewehrte Steuererhöhung

Erfolgreicher ist der BGV an der Steuerfront. Mittels wiederholter Eingaben gelingt es mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien, die Steuerbelastung neben den natürlichen Personen auch jene bei den juristischen Personen zu reduzieren. Der wohl grösste Erfolg nimmt diesbezüglich allerdings an der sogenannten Gipfelstürmertagung im Oktober 2002 seinen Anfang. Die Regierung bean-



2009: FIFA-Präsident Joseph «Sepp» Blatter zu Besuch in Graubünden.



2012: Die Bündner Berufsausstellung Fiutscher öffnet ihre Türen.

trägt gleichentags eine allgemeine Steuererhöhung um 10 Prozent. Dagegen wehren sich die Präsidentenkonferenz und der Kantonalvorstand mit einer hochbeachteten Resolution: «Zuerst sparen, bevor Steuern erhöhen!» Der Grosse Rat folgte der Regierung bei der Steuererhöhung nicht. Die Wirtschaftsverbände schlagen ein eigenes Sparprogramm vor. Die Steuererhöhung kann abgewendet werden und dank der Steuerbremse kann der Kanton sein Eigenkapital dank sprudelnder Steuern laufend erhöhen. Das frei verfügbare Kapital beläuft sich Ende 2024 auf fast eine Milliarde Franken. Auch deshalb gelingt es den Wirtschaftsverbänden zusammen mit den bürgerlichen Parteien, im Grossen Rat 2024 und 2025 dreimal die Steuern für natürliche Personen zu senken.

Raumplanung wird zum Sorgenkind

Harte Entscheide mit weitreichenden Folgen muss das Gewerbe in den Jahren 2012 und 2013 in raumplanerischer Hinsicht in Kauf nehmen. Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative am 11. März 2012 (Weber-Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen») sollte einschneidende Konsequenzen für die Volkswirtschaft haben. Gegen die Initiative wehrt sich der BGV mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen. Ebenfalls wird ein Jahr später das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) angenommen, gegen welches sich der BGV ebenfalls ausgesprochen hat. Der BGV gehört zum Referendumskomitee, sammelt ohne Unterstützung Dritter Unterschriften und findet sich im eigenen Kanton als verlässlicher Rufer in der Wüste wieder. Beide Abstimmungsniederlagen haben nicht nur für das Gewerbe im Kanton, sondern für den

gesamten Kanton heute spürbare negative Konsequenzen. Die Raumplanung ist zur Hauptherausforderung der Wirtschaft geworden. Der Zentralismus und die Verrechtlichung haben zugenommen, die Baulandpreise schiessen aufgrund der doppelten Verknappung des Bodens in die Höhe. Die Betriebe haben Mühe, sich aufgrund fehlender Fläche zu entwickeln, und für Mitarbeitende fehlt vielerorts bezahlbarer Wohnraum. Angesichts des verheerenden Schadens, den beide Abstimmungsvorlagen in Graubünden wenige Jahre später auslösen sollten, sieht sich der BGV in seiner Haltung zwar bestätigt, muss aber auch feststellen, dass diese späte Erkenntnis nutzlos ist. Entsprechend hat der BGV entschieden, sich dem Thema Raumplanung stärker zu widmen und 2025 einen Aktionsplan Raumplanung zu verabschieden.

Fachkräftemangel und Pandemie

Dass der Wohlstand auf prosperierenden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beruht, kommt in Politik und Stimmbewölkerung immer mehr abhanden. Dieser Prozess setzte sich in den letzten 25 Jahren fort. Dies muss der BGV in seiner politischen Arbeit, sei dies auf Kantonsebene oder bei Abstimmungsvorlagen, immer wieder erfahren, so auch bei der Annahme der 13. AHV-Rente oder der Ablehnung der Finanzierung der Autobahngengpassbeseitigung STEP. Die Coronapandemie und die zahlreichen Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit sind einschneidend. Er kämpft für möglichst wirtschaftsfreundliche Eindämmungsmassnahmen und pragmatische Corona-Entschädigungen, richtet eine Beratungsstelle ein und orientiert die Mitglieder regelmässig über neueste Entschei-

de. Allgemein hat die Kommunikation beim BGV an Bedeutung gewonnen. Er baut diese vor allem im digitalen Bereich laufend aus und visualisiert und modernisiert seinen Auftritt 2025 mit einem neuen Claim: «Wir schaffen Zukunft». Ebenfalls baut er seine Aktivitäten im Bereich Anlässe und Weiterbildungen aus und beteiligt sich an der Höheren Wirtschaftsschule Graubünden. Bei den Herausforderungen tritt der sich abzeichnende Fachkräftemangel ein. Die Hauptsorge der meisten Mitglieder ist daher nicht zu wenig Aufträge, sondern zu wenig Mitarbeitende. Der BGV richtet seine politischen und anderen Aktivitäten danach aus, stärkt sein Engagement im Bereich Berufsbildung und veröffentlicht 2024 die Strategie Berufsbildung Graubünden 2035.

Fiutscher – der Leuchtturm des BGV

Auch der Leuchtturm des BGV, die eigene Bündner Berufsausstellung Fiutscher, entsteht unter dem Stern des Fachkräftemangels. Vorausschauend auf die demografische Entwicklung nimmt der BGV das Projekt in die Hand. Da vielerorts der Lehrstellenmangel und nicht der Lernendenmangel vor Augen ist, müssen die Branchenverbände zuerst überzeugt werden, bei der kantonalen Berufsausstellung mitzumachen. Die erste Durchführung muss sogar verschoben werden. Während die erste Ausstellung 2010 von 7000 Besuchern besucht wird, werden 2025 bei der achten Durchführung 17 000 Eintritte verzeichnet. Die Ausstellungsfläche wird in dieser Zeit verdoppelt. Mit Fiutscher kann der BGV auch sein Engagement für die Berufsbildung zeigen. Es ist ein Projekt mit einer grossen Sympathie und Unterstützung von allen Seiten.



2014: BGV-Präsident Urs Schädler gibt den Takt an.



2020: Corona bremst das Gewerbe und die Wirtschaft aus.

Jubiläumsanlass

125 Jahre BGV



Im Anschluss an seine Delegiertenversammlung 2025 hat der Bündner Gewerbeverband am 13. Juni in Chur sein 125-jähriges Bestehen gefeiert. Rund 200 Gäste nahmen an der Jubiläumsfeier teil – darunter Vertreter/innen der 63 Sektionen, Ehrenmitglieder sowie Gäste aus Wirtschaft, Politik und dem Gewerbe. Die Festansprache im Titthof hielt Bundesrat Albert Rösti.